

Protokollverteiler: Schreibe eine E-Mail mit deiner gewünschten Empfangsadresse an protokolle-on@stura.uni-freiburg.de und folge den Anweisungen, um dich in den Protokollverteiler einzutragen.

Sitzungsort: Wilhelmstraße 26, R 00 006

Anwesende Vertreter*innen: Justus K. (Altphilologie); Marvin S. (Arch. + Altert.wiss.); Simón P. (Biologie); Julia S. (Chemie); Nina B. (EZW); Josefine K. (FHU); Annika S. (Geographie); Lukas K. (Geologie); Annelie U. (Germanistik); Andreas K. (Geschichte); Hannes M. (Kulturanthropologie); Louise K. (Kunstgeschichte); Lennart A. (LAS); Jonathan J. (Mathematik); Tim Samuel S. (Medizin); Lena R. (Molekulare Medizin); Hannes B. (Philosophie); Kai Philipp S. (Physik); Julia H. (Politik); Leonie F. (Psychologie); Paul M. (Rechtswissenschaften); Annika B. (Romanistik); Ali A. (SIJ); Lea D. (Skandinavistik); Janik F. (SozioGen); Louisa M. (Sport); Hans A. (TF); Marius R. (Wirtschaftswissenschaften); Jan Robert S. (Zahnmedizin); Lea S. (Campus Grün (1)); Maximilian Stanislas W. (Juso HSG (1)); Jeff J. (Vlt (1)); Jasper David G. (Vlt (2)); Henning W. (Liberale Hochschulgruppe); Niklas B. (CampusFit)

Abwesende Fachbereiche: Anglistik; Ethno-Musik; Pharmazie; Theologie; Campus Grün (2); Juso HSG (2); RCDS- Die Mitte; Students for Palestine

Präsidium: Tobias K., Joel Z.

Protokollführung: Melissa S.

Vorstand: Benjamin S., Chris S.

Gäste: Natanael P., Fabian W.

Ruhende Mandate zu Beginn der Sitzung: Ethno-Musik, Pharmazie

Tagesordnung

TOP 0 Formalia

- 1) Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2) Genehmigung des Protokolls vom 29.10.2024
- 3) Anmerkungen zur Tagesordnung

TOP 1 Berichte

- 1) Vorstandsbericht

TOP 2 Abstimmungen

- 1) Luise S. (GSA)
- 2) Sebastian H. (GSA Stv.)
- 3) Schulungswochenende und Supervision (Nightline e.V.)
- 4) Verurteilung Universitätsleitung wegen Polizeigewalt und Diskriminierung (SfP)

TOP 3 Bewerbungen

- 1) Lucia (WSSK)
- 2) Pascaline (WSSK)

TOP 4 Finanzanträge

- 1) Workshop: Argumentieren gegen rechte und diskriminierende Parolen

TOP 5 Satzungsändernde Anträge

- 1) Einrichtung Fachbereich MKW (2. Lesung)

TOP 6 Sonstige Anträge

- 1) Rechenschaft Rektorat wegen Racial Profiling und Polizeigewalt (Students for Palestine)
- 2) Umwidmungsantrag Gelder für Schauinslandhütte in den allgemeinen Mobiliartopf (Vorstand)
- 3) Distanzierung von dem Statement vom 7. Oktober von Students for Palestine (Liberale Hochschulgruppe)

TOP 7 Termine und Sonstiges

- 1) Ideell unterstützte Gruppen
- 2) Ämter in der VS und der Universität
- 3) Altphilologie: Hütte am Wochenende
- 4) Grether Kollektiv: Palästina und die Deutsche Linke
- 5) Rainbow Talk: Sasha Thierry: "nicht-binäre Menschen in der Unsichtbarkeit"
- 6) 13.11. 18 Uhr: Movie Night über Gaza und das dekolonialisierte Kongo
- 7) 09.11. Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Reichsprogromnacht: 17:30 Uhr PdaS.

TOP 0 **Formalia**

1) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung beginnt um 18.15 Uhr.

*Es müssen mindestens 21 Mitglieder anwesend sein, da derzeit **zwei Fachbereiche** zu Beginn der Sitzung ruhen.*

*Die StuRa-Sitzung ist mit **36** anwesenden abstimmungsberechtigten Mitgliedern **beschlussfähig**.*

2) Genehmigung des Protokolls vom 29.10.2024

Das Protokoll vom 29.10.2024 wird genehmigt.

Gast: Ich hatte Änderungen geschickt, die sind nicht im Protokoll drin.

Präsidium: Doch, wir haben sie reingemacht und das geänderte Protokoll gestern noch mit rumgeschickt.

Gast: Nein, oh doch. Ich habe es nicht gesehen. Ist ok.

3) Anmerkungen zur Tagesordnung

Präsidium: Wir haben vergessen eine Bewerbung auf die TO für Lucia (WSSK) zu setzen.

Gast: Ich habe auch eine Bewerbung für die WSSK geschickt, die heute nicht drauf ist. Pascaline.

Ich würde die auch gerne noch auf die TO setzen.

Ohne Gegenrede angenommen.

GO-Antrag: Aufnahme eines Diskussionspunktes zu der Vortragsreihe Israel/Palästina.

Befassungszeit: 10 Minuten.

Formale Gegenrede

Dafür: 6

Dagegen: 10

Der GO-Antrag wird abgelehnt.

TOP 1 Berichte

1) Vorstandsbericht (Befassungszeit: 15 Minuten)

Der Bericht wird vorgestellt.

Gast: Wie steht es um die Raumanträge von Students for Palestine? Wir warten noch auf die Zulassung.

Vorstand: Wir hatten ein Treffen mit der Rechtsabteilung der Uni, bei dem wir auch die Raumanträge diskutiert haben. Leider haben wir bisher keine Rückmeldung oder Informationen von der Universität erhalten. Euer Raumantrag wird abgelehnt, aber der Ablehnungsbescheid steht noch aus, da die zuständige Person im Urlaub ist.

Gast: In der offiziellen E-Mail steht, dass der Raumantrag noch in Bearbeitung ist.

Vorstand: Ja. Das haben wir euch jetzt bereits mitgeteilt: Der Antrag wurde abgelehnt.

Volt: Wann wird die neue StuRa-Website online gehen? Die aktuelle ist ja immer noch nicht funktional.

Vorstand: Sie soll in etwa 2-3 Wochen fertig sein.

Präsidium: Am 30.11. wird sie online gehen.

Gast: Gibt es nicht die Möglichkeit, Widerspruch gegen die Ablehnung einzulegen? Es sollte euch allen bewusst, dass der Ablehnungsbescheid noch nicht eingegangen ist, was nicht dem normalen Verfahren entspricht. Ihr solltet euch darüber beschweren, dass das nicht in Ordnung ist. Wir sollten die Möglichkeit haben, rechtlich dagegen vorzugehen.

Vorstand: Ihr habt immer die Möglichkeit, rechtlich dagegen vorzugehen, auch ohne einen Ablehnungsbescheid. Wenn ihr keinen erhaltet, ist das ebenfalls ein Problem. Es besteht die Möglichkeit, im Nachhinein Recht zu bekommen, sodass die Universität die Kosten übernimmt – sofern der Raum rechtlich zulässig gewesen wäre. Wir als Vorstand können der Universität nicht

mehr als sagen, dass das inakzeptabel ist. Das machen wir seit Monaten.

Gast: Und es gibt nichts über die Polizeigewalt bzgl. der Uni?

Präsidium: Doch, später.

TOP 2 Abstimmungen

1. Abstimmung: "Luise S. (GSA)"

Benötigte Stimmen: Mehr als 50.00% von 90 Stimmen, also mehr als 45.
Das folgende Ranking wurde abgestimmt:

2. Gruppe
 - Luise S. (GSA)
3. Gruppe
 - Nein

Übersicht über die Abstimmungsgegenstände:

Nr.	Option	% der Stimmen vor Nein
1	Luise S. (GSA)	93.33
2	Nein	0.00

2. Abstimmung: "Sebastian H. (GSA, stv.)"

Benötigte Stimmen: Mehr als 50.00% von 90 Stimmen, also mehr als 45.
Das folgende Ranking wurde abgestimmt:

1. Gruppe
 - Sebastian H. (GSA Stv.)
2. Gruppe
 - Nein

Übersicht über die Abstimmungsgegenstände:

Nr.	Option	% der Stimmen vor Nein
1	Sebastian H. (GSA Stv.)	93.33
2	Nein	0.00

3. Finanzantrag: "Schulungswochenende und Supervision (Nightline Freiburg e.V.)"

Benötigte Stimmen: Mehr als 50.00% von 88 Stimmen, also mehr als 44.
Beantragt wurden 2100.00€, genehmigt wurden **2100.00€**.

4. Abstimmung: "Verurteilung Universitätsleitung wegen Polizeigewalt und Diskriminierung (SfP)"

Benötigte Stimmen: Mehr als 50.00% von 90 Stimmen, also mehr als 45.
Das folgende Ranking wurde abgestimmt:

1. Gruppe
 - Verurteilung Universitätsleitung wegen Polizeigewalt und Diskriminierung (SfP)
2. Gruppe
 - Nein

Übersicht über die Abstimmungsgegenstände:

Nr.	Option	% der Stimmen vor Nein
1	Verurteilung Universitätsleitung wegen Polizeigewalt und Diskriminierung (SfP)	46.67
2	Nein	0.00

Der Antrag wurde angenommen, da er mehr Ja- als Nein-Stimmen erhielt. [Anm. d. Präs.: Der Wert von 46,67 erklärt sich durch die Enthaltungen.]

TOP 3 Bewerbungen

1) *Lucia (WSSK)*

Die bewerbende Person stellt sich vor.

Keine Rückfragen.

GO-Antrag: Aussprache in Abwesenheit zusammen.

Ohne Gegenrede angenommen.

2) *Pascaline (WSSK)*

Die bewerbende Person stellt sich vor.

Politik: Wie viele Plätze hat die WSSK?

Präsidium: Es sind bisher drei gewählt und es gibt 5 Plätze. Mit den zwei Bewerbungen wären die 5 Plätze voll.

Vorstand: Ich finde es cool, dass ihr euch beworben habt und das auch bisher gemacht habt. Schön, dass ihr diesen Job machen wollt.

Aussprache in Abwesenheit:

- Keine Anmerkungen in der Aussprache in Abwesenheit.

TOP 3 Finanzanträge

1) *Workshop: Argumentieren gegen rechte und diskriminierende Parolen*

(Befassungszeit: 15 Minuten)

Der Finanzantrag wird vorgestellt.

Keine Rückfragen.

TOP 4 Satzungsändernde Anträge

1) Einrichtung Fachbereich MKW (2. Lesung) (Befassungszeit: 15 Minuten)

Der Antrag wird vorgestellt.

Medizin: Ich wollte nur erwähnen, wenn ihr euch enthaltet, wird das für die notwendige Zwei Drittel Mehrheit knapp werden.

Präsidium: Das ist richtig. Da für eine Satzungsänderung zwei Drittel aller Stimmen benötigt werden, werden auch die Enthaltungen mitgezählt. Eine Enthaltung zählt somit wie eine softe Nein-Stimme.

TOP 5 Sonstige Anträge

1) Rechenschaft Rektorat wegen Racial Profiling und Polizeigewalt (Students for Palestine)(Befassungszeit: 15 Minuten)

Der Antrag wird vorgestellt.

Präsidium: Es gibt eine Reaktion vom Rektorat, beziehungsweise dessen untergeordneten Stellen. Wir hatten gestern ein zweistündiges Meeting, aber weder die Rektorin noch der Prorektor waren dabei. Ich werde versuchen, den Inhalt zusammenzufassen. Im Kern sind es in dem Fall ja 3 Punkte, die Raumvergabe sowie die beiden Vorfälle mit dem Racial Profiling und dem Polizeieinsatz.

Erst einmal zur Raumvergabe: In Bezug auf die Filmvorführung zum Kongo, die zunächst genehmigt und dann wieder zurückgezogen wurde, wurde die Raumvergabeordnung, insbesondere §9 Ausschluss- und Zurückweisungsgründe angesprochen. Wir hängen ihn euch an, aber ich werde die wichtigsten Punkte paraphrasieren. Die Raumüberlassung für eine Veranstaltung ist laut der Ordnung ausgeschlossen, wenn davon ausgegangen werden kann, dass der Universitätsbetrieb dadurch beeinträchtigt oder gestört wird, Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass es bei der Veranstaltung zu strafbaren Handlungen oder dem Aufruf dazu kommt oder die antragsstellende Person unrichtige Angaben bei der Antragstellung gemacht hat. Hier ist ein nicht unerheblicher Ermessensspielraum. Auch ist eine Ablehnung möglich, wenn durch die antragsstellende Person oder Gruppe bereits zuvor der Universitätsbetrieb gestört wurde. Dies betrifft aus Sicht der Universität Raumanträge der Students for Palestine, gerade wenn ihr euch die Mail von Prorektor Schwarze diesbezüglich ins Gedächtnis ruft, die in der vorletzten Sitzung verlesen wurde.

Nun zum konkreten Fall mit dem Kongofilm. Dieser Raumantrag wurde von den Students for Palestine zusammen mit dem Referat gegen Rassismus gestellt. Sobald eine Veranstaltung mit einem Organ der Verfassten Studierendenschaft gemeinsam stattfindet, gelten strengere Regelung als für euch als Initiativen zum Beispiel gelten. Es gilt sofort das auf die Hochschulpolitik beschränkte politische Mandat sowie Neutralitätsprinzip. Es dürfen dann keine allgemeinpolitischen Aussagen mehr getätigt werden. Die Studierendenschaft hat allerdings gemäß §65.3 des

Landeshochschulgesetzes auch die Aufgabe der „Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins der Studierenden“, was entsprechende Veranstaltungen ermöglicht. Hierbei muss jedoch ein offener Diskussions- und Befassungsrahmen gewahrt und ermöglicht bleiben. Es darf, gerade wenn es sich um ein kontroverses Thema handelt, nicht nur auf eine Seite fokussiert bleiben. Dies war bei dem angemeldeten Film über den Kongo eindeutig der Fall, weshalb der Antrag auf die Filmvorführung auch genehmigt wurde. Laut Universität haben die Students for Palestine im Anschluss jedoch auf verschiedenen Kanälen verlautbaren lassen, dass sie im Rahmen der Veranstaltung über die Lage im Nahen Osten und Palästina diskutieren möchten. Dies hat laut ihr nicht nur der angemeldeten Veranstaltung widersprochen, sondern, da die Students for Palestine Mitorganisierende waren und eine klare Position zu der Thematik haben, eine offene Diskussion und Auseinandersetzung hierüber nicht ermöglicht, wodurch die Universität die für die politische Bildung erforderlichen Prinzipien verletzt sah. In diesem Kontext steht die nachträglich erfolgte Ablehnung des Raumantrags beziehungsweise Rücknahme der Genehmigung der Veranstaltung.

Antragstellende: Es macht wenig Sinn, mit euch zu diskutieren, wenn überhaupt dann mit der Uni. Politisch bilden darf man, aber nicht über Palästina?

Präsidium: Es war angemeldet als Filmvortrag über den Kongo. Als Hochschulgruppe habt ihr nicht nur aufgrund des Namens und Handelns eine politische Zielsetzung und eine bestimmte Position.

Gast: Es ist keine Neutralität, wenn man nur eine Position zulässt? Hier wird uns erneut die Möglichkeit und das Recht genommen, über Palästina zu reden mit dem Hauptgrund, dass wir Sfp sind und uns für Palästinenser*innen einsetzen, und das im Namen der politischen Neutralität. Für mich ist eine Filmvorführung mit Diskussion ein Setting, dass Raum für Diskussionen schafft. Beide Seiten können gehört werden, keiner wird ausgeschlossen.

Präsidium: Das Problem der Uni ist, dass keine Diskussion über Palästina angekündigt war. Es war eine Veranstaltung zum Kongo geplant, im Falle des Nahostkonflikts seid ihr als Gruppe für die Uni nicht neutral, sondern vertretet eine eindeutige Position, was euch als Organisierende der Veranstaltung für die Uni nicht tragbar macht. Es kommen hier also ein paar Dinge zusammen: eure Anmeldung der Veranstaltung als eine Veranstaltung zum Kongo, eure Ankündigung, diese für eine Diskussion über Palästina nutzen zu wollen und die ohnehin kritische Einstellung der Universität gegenüber eurem Handeln und Agieren als Gruppe.

Gast: Wir haben so eine Ankündigung nie gemacht! Aber kommt schon, wir heißen Students for Palestine. Natürlich möchten wir über Palästina reden. Gibt es Beweise oder etwas Schriftliches seitens der Uni? Hat die Uni Beweise gezeigt, dass wir so eine Ankündigung gemacht haben?

Präsidium: Ich habe sie nicht.

Vorstand: Es gibt verschiedenste Unterschiede für die VS, studentische Gruppen im Zusammenhang mit Studium und Lehre. Es wurde kein einziger Raum für Veranstaltungen mit Bezug zum Konflikt im westasiatischen Raum genehmigt. Unterschiedliche Antragsteller aus verschiedenen Bereichen haben unterschiedliche Anträge gestellt. Veranstaltungen im Rahmen der Lehre fallen nicht unter dieselben Raumvergaberichtlinien wie die im Rahmen der VS, da die Uni hier etwa an den Seminaren aufgrund der Freiheit der Lehre nicht eingreifen darf. Das Rektorat betont immer wieder, dass es wichtig ist, diese Punkte zu differenzieren. Es macht keinen Sinn, mit uns oder dem Präsidium zu diskutieren, da wir nicht die Uni sind. Die Uni ist nicht nur eine Person, das Rektorat ist es auch nicht. Wir können hier nur wiedergeben, was uns gegenüber kommuniziert wurde.

Antragstellende: Können wir das schriftlich erhalten, dass wir rechtlich dagegen vorgehen können?

Präsidium: Wir haben nur die inoffizielle Version, die sich jetzt auch hier im Protokoll findet. Das Rektorat möchte, dass alles, was von ihm rausgeht, rechtssicher ist, deshalb dauert das auch immer wesentlich länger. Im Gespräch mit uns waren untergeordnete Stellen des Rektorates anwesend. Final werden die Gründe und Begründungen im Ablehnungsbescheid drinstehen müssen. Wir haben auch gefragt, warum der Ablehnungsbescheid nicht kommt. Die Antwort hat euch der Vorstand gesagt. Was von der Uni ausgeht, muss rechtssicher sein. Ich kann nur das vortragen, was ich gehört habe.

Antragstellende: Ich möchte mich an die Leute wenden, die hier sind. Wir wollten mit einem Ex-Professor der Hebrew University einen Vortrag organisieren, doch da, wie auch bei allen anderen Vorträgen, wurden uns Räume verwehrt - wir wenden uns an Referate um überhaupt an Räume zu kommen. Das Referat gegen Rassismus kann nicht neutral sein, wenn es um Rassismus geht. Wir möchten alle Leute hier aufschütteln. Schaut euch den Film selbst an, ich kann ihn nur empfehlen.

Antragstellende: Man sollte alles in dem Kontext schildern, in dem es stattfindet, Am Alumni-Tag hat eine einzelne Person eine Frage über Palästina gestellt. Die Rektorin hat die Polizei gerufen, weil die Person eine Frage stellen wollte. Es gab rassistische Beschimpfungen aus dem Publikum gegen die Person. Das ist bloße eklatante Zensur. Die Podiumsdiskussion war inhaltlich passend, aber es ist nicht erlaubt, es darf nicht über Palästina gesprochen werden, es dürfen nur paar darüber reden.

GO-Antrag: Verlängerung der Befassungszeit um eine Minute.

GO-Antrag: Verlängerung der Befassungszeit um 5 Minuten.

Ohne Gegenrede angenommen.

GO-Antrag: Schließung der Redeliste

Ohne Gegenrede angenommen.

Antragstellende: Die Uni hat zu viel Zeit gebraucht den Raum zu verweigern. Sie behaupten gerade, dass die Diskussion nur über Palästina gehe. Ich glaube, keine Gruppe erklärt im Antrag vorab, worüber die Diskussion geht. Sie vergessen, dass wir bereits Demos mit Free Kongo organisiert haben.

Biologie: Ist es möglich, dass sich der StuRa dafür einsetzt, dass sich die Rektorin äußert?

Präsidium: Das ist der zweite Punkt. Wir haben heute eine knappe Nachricht von Prorektor Schwarze bekommen, die ich euch kurz vorlese:

„Sehr geehrtes Präsidium [...], die Antragssteller*innen unterstellen der Universitätsleitung und Rektorin "Racial Profiling" und "Lieferung von Studierenden in Polizeigewalt" im Rahmen des Alumni Tags und am 24.10.2024 sowie "anhäufende Fälle von Diskriminierung und Lieferung von Studierenden in Polizeigewalt". Zudem fordern sie Gegenmaßnahmen zu den von ihnen unterstellten Handlungen. Die vorgebrachten Vorwürfe weisen wir als unbegründet und unzutreffend zurück, weshalb die Universitätsleitung auch keine weitere Stellung zu den geforderten Maßnahmen beziehen kann. Ihre Fragen zur Raumvergabe wurden inzwischen in anderen Gesprächskontexten adressiert, weshalb ich sie hier nicht erneut aufgreife. Mit freundlichen Grüßen, Michael Schwarze“

Die Uni wird sich somit weder jetzt noch in Zukunft dem Wunsch des StuRas entsprechen und sich äußern, was gerade insofern äußerst bedauerlich ist, als dass uns gegenüber von Uni-Seite immer wieder kommuniziert wurde, dass sich die Universität wünschen würde, dass wir im StuRa vor

einer Abstimmung alle Seiten hören und alle Perspektiven, also aus Sicht des Rektorats gerade auch die der Universität, miteinbeziehen. Natürlich ist dies gerade dann nicht möglich und liegt auch nicht an uns als StuRa, wenn man sich auf der anderen Seite prinzipiell und kategorisch weigert sich zu äußern, besonders wenn wir mit einer entsprechenden expliziten Bitte an die Uni herantreten.

Antragstellende: Ich weiß nicht, ob ich lachen oder weinen soll. Die Uni hat geschrieben, dass sie nicht antworten werden. Es gibt Videos davon, wo wir die Treppe runtergeschubst werden, das hat ganz schön weh getan. Versetzt euch in die Studierenden dieser Uni, die den Film dennoch auf dem Flur schauen wollten und wo dann die Cops kommen und einen schlagen. Die Begründung, dass es nicht ersichtlich war, dass SfP über Palästina spricht, ist komplett absurd.

Mathe: Bei der Raumvergabe habt ihr auf dem Antrag falsche Angaben gemacht, Fachschaften müssen auch angeben, was man machen möchten und wenn die Angaben falsch sind, kann der genehmigte Raum entzogen werden. Das ist eine völlig legitime Erwartungshaltung der Uni. Diesem Prof. wurde kein Raum gegeben, weil er das Existenzrecht Israels infrage stellt, was dann auch ein problematischer Punkt ist.

Gast: Was war das Thema beim Alumni-Tag? Ich frage für Kontext.

Antragstellende: Auf dem Podium wurde gefragt, was Alumni leisten oder verbessern können. Vorher ging es auch über Anticolonial Studies. Ein Studi hat gefragt, weil wenn die Uni uns nicht den Studis helfen will, vielleicht unterstützen die Alumni sie. Es gibt einen Post auf Instagram, von der Uni auch, aber ohne die Polizeigewalt.

2) Umwidmungsantrag Gelder für Schauinslandshütte in den allgemeinen Mobiliartopf (Vorstand) (Befassungszeit: 15 Minuten)

Der Antrag wird vorgestellt.

Mathe: Passt auf mit den Steckdosen, nicht das die VS am Ende noch Stromversorger wird.

Politik: Wenn man im Klo im Erdgeschoss das Licht ausmacht, flackert der Beamer im Konf 1.

Vorstand: Das ist nicht mehr so ein großes Problem. Das Licht ist jetzt sowieso kaputt. Der Verantwortliche für die Malarbeiten im Konf 1 war 5 Minuten im AStA Haus und sagte, was das für ein Drecksloch sei. Er schäme sich hier zu arbeiten. Wir müssen das echt ändern.

Gast: In welchem Topf war das Geld davor?

Vorstand: In einem speziellen Mobiliarstopf für die Hütte.

3) Distanzierung von der Hochschulgruppe Students for Palestine (Liberale Hochschulgruppe) (Befassungszeit: 15 Minuten)

Der Antrag wird vorgestellt.

Gast: Das, was hier geschrieben steht, ist lächerlich. LHG, RCDS, Grüne, SFP – alle wurden in den StuRa gewählt, jedoch mit unterschiedlichen Einstellungen. Sie wurden deswegen gewählt. Ich würde euch raten das Spiel nicht anzufangen, bei dem Initiativen gegeneinander sind. Den Jusos

gefällt sicher nicht die Meinung des RCDS. Wir setzen uns für Palästina ein, das ist unser Thema.

Präsidium: Der Antrag ist zulässig, da er sich auf eine Hochschulgruppe und vor allem ein konkretes Statement bezieht und nicht anlasslos auf die einzelnen Mitglieder. Der StuRa distanziert sich somit nicht von einer politischen Meinung oder Richtung, sondern von dem was im StuRa vorgelesen wurde. Fachschaften oder Initiativen können auch Statements zu verschiedenen Punkten machen und verlesen. Die Mitgliedschaft im StuRa schützt nicht davor, dass der StuRa oder einzelne Mitglieder einen für bestimmte Äußerungen oder Positionen kritisieren.

Gast: Letzte Woche wurde doch gesagt, dass Initiative und Hochschulgruppe das gleiche sind.

Präsidium: Nein, das Gegenteil. Die Uni unterscheidet zwischen Initiative und Hochschulgruppe.

Gast: Ein Mitglied aus der Initiative hat das Statement vorgelesen.

Präsidium: Es ist nachrangig, ob es ein Mitglied der Initiative im StuRa oder der Hochschulgruppe war. Es wird sich primär von dem Statement distanziert. Wenn zum Beispiel die Geschichte etwas vorlesen würde, das euch nicht passt, könnte man sich ebenfalls davon distanzieren.

GO-Antrag: Begrenzung der Redezeit auf 1 Minute.

Formale Gegenrede

Gast: Es geht nicht, dass jedes Mal die Zeit begrenzt wird. Wir brauchen Zeit, um die Sachen zu bereden.

Dafür: 16

Dagegen: 10

Der GO-Antrag auf Begrenzung der Redezeit auf 1 Minute wird angenommen.

LHG: Ja, wir wurden alle als Initiative gewählt und haben alle politische Ansichten. Es gibt jedoch eine rote Linie: vertritt man mit politischen Ansichten die Verherrlichung von Gewalt oder schlägt man entsprechende gezielte Maßnahmen vor. Von der LHG wurde noch kein Text vorgelesen, der Terroranschläge billigt oder den Anschein erweckt, dass dies als legitimer Widerstand angesehen werden kann. Auch habe ich nicht den Eindruck, dass das hier Initiative gegen Initiative ist, sondern wir möchten uns gegen etwas aussprechen was hier vorgetragen wurde.

Gast: Ich habe eine Verständnisfrage. Euer Antrag richtet sich gegen das Statement und nicht gegen SfP. Der Titel „Distanzierung von SfP“ klingt so, als wäre eure Absicht, sich von der Gruppe zu distanzieren. Im Titel sollte klar werden, dass eine Distanzierung vom Statement erfolgt.

LHG: Da wäre ich dabei.

Kunstgeschichte: In vielen Medien wird die Komplexität der Situation nicht ausreichend behandelt. Der Satz, der die Billigung von Gewalt impliziert, ist eine falsche Interpretation. SfP billigt nicht die Gewalt vom 7. Oktober; das ist eine gefährliche Unterstellung.

Juso HSG (1): Es gibt einen großen Unterschied zwischen einem politischen Meinungskampf und der Überschreitung von Grenzen mit solchen Aussagen. Wir als Jusos sind weiß Gott nicht oft mit der LHG einer Meinung, aber hier gehört es sich, dass man sich gemeinsam dagegen ausspricht. Die Kernaussage ist einzig und allein „Jeglicher palästinensischer Widerstand wird zu Unrecht dämonisiert und ist legitim, egal wie er aussieht. Alle Gewalt ist ok, denn Israel ist der Schuldige.“

Das Statement wird am Jahrestag des 7. Oktober mit entsprechenden Bildern veröffentlicht. Das ist eine eindeutige Verherrlichung der Taten vom 7. Oktober, etwas Anderes kann mir niemand erzählen.

Gast: Ich habe das Gefühl, die Antragstellenden haben unseren Beitrag nicht richtig gelesen oder nicht richtig verstanden. Das ist peinlich. In dem Statement haben wir uns klar gegen Antisemitismus ausgesprochen und es ist inhaltlich relativ d'accord. Die Gräueltaten, die im Statement erwähnt werden, sind Propaganda, die unkritisch wiedergegeben wurde und wird. Achtung Triggerwarnung: Die LHG Freiburg müsste Beweise bringen für die Propagandalüge von enthaupteten Babys.

Gast: Der Sinn von Triggerwarnungen ist, dass Menschen Zeit haben den Raum zu verlassen. Der Hauptpunkt ist, dass es im StuRa oft schwierig ist, nuancierte Meinungen zu vertreten. Es gibt einen großen Unterschied zwischen Gewaltverherrlichung und dem Verständnis, warum es zu solcher Gewalt gekommen ist.

Gast: Ich finde den Antragstext sehr problematisch. Es wird dargestellt, dass wir Antisemiten sind und dass der Angriff antisemitisch ist. Wie wir in der letzten Sitzung erklärt haben kämpft Palästina seit 80 Jahren gegen die Besatzung. Nicht weil die Besatzer jüdisch sind, sondern weil die Besatzer Besatzer sind. Wie Gast erklärt hat, ist es laut einem UN-Bericht so: „Both the 7 October attack in Israel and Israel's subsequent military operation in Gaza must be seen in context. These events were preceded by decades of violence, unlawful occupation and Israel's denial of the Palestinians' right to self-determination, manifested in continuous forced displacement, dispossession, exploitation of natural resources, blockade, settlement construction and expansion and systematic discrimination and oppression of the Palestinian people.“ Wir sind gegen Gewalt. Um die Gewalt zu beenden, muss an die Wurzel gegangen werden.

FHU: Der Text in den Sitzungsunterlagen ist nicht nur zu einem Post oder Statement. Es erfolgt eine Distanzierung zu SfP sowohl innerhalb als auch außerhalb des StuRa, das steht in der Begründung.

Antragsteller: Von dem Post der vorgelesen wurde, soll sich distanziert werden.

Gast: Eine Reduzierung der Redezeit auf eine Minute ist ein bisschen rassistisch. Deutsch ist meine vierte Sprache. Es gibt mehrere Statements: Jedes Opfer ist eines zu viel. Wir setzen uns für eine konsequente Dekolonialisierung ein. Die Behauptung der 7. Oktober sei der größte Massenmord an Jüd*innen seit dem Holocaust ist falsch. 1967 gab es den größten Massenmord in Argentinien an Jüd*innen. Ihr habt auch geschrieben, Kampf gegen eine Besatzungsmacht – leugnet ihr das? Was ist die offizielle Position der LHG?

LHG: Geht es um mehr Tote als Wettbewerb? Was soll das? Mir geht es darum, im Antrag kritisch zu betrachten, was gesagt und gerade auch was nicht gesagt wurde. Der Jahrestag am 7. Oktober sollte ein Erinnerungstag sein, um der Toten und Ermordeten zu gedenken, nicht um ihre Ermordung auch nur auf irgendeine Art und Weise zu rechtfertigen. Das finde ich problematisch und darauf sollten wir eingehen.

GO-Antrag: Verlängerung der Redezeit auf 5 Minuten. Ich finde eine Minute Redezeit inhuman. Es gibt viele Mitglieder die Deutsch nicht gut sprechen und Deutsch als vierte, fünfte Sprache haben. Wir werden als Hochschulgruppe angegriffen, während wir mit UN Resolutionen kommen und ihr kommt mit Falschbehauptungen.

Formale Gegenrede

Dafür: 8

Dagegen: 12

Formale Gegenrede

Der GO-Antrag wird abgelehnt.

GO-Antrag: Verlängerung der Befassungszeit auf 15 Minuten.

Ohne Gegenrede angenommen.

GO-Antrag: Verlängerung der Redezeit auf 2,5 Minuten.

Formale Gegenrede

Dafür: 20

Der GO-Antrag auf Verlängerung der Redezeit auf 2,5 Minuten wird angenommen.

Philosophie: Ich finde es problematisch, Tatern wie der Hamas am 7. Oktober jede Form von Agency abzusprechen und stattdessen nur auf die Reaktionen Israels zu fokussieren. In der Charta der Hamas heißt es: „*Die Stunde wird kommen, da die Muslime gegen die Juden solange kämpfen und sie töten, bis sich die Juden hinter Steinen und Bäumen verstecken.*“ Auf Flugblättern der Hamas wird offen vom Morden an Juden gesprochen, und es gibt Videos von Männern, die Menschen enthaupten und Geiseln verschleppen, während sie sich dabei filmen und lachen. Sie rufen ununterbrochen "Allahu Akbar" und stilisieren sich selbst als reine Opfer. Es geht nicht nur um die Distanzierung von einem spezifischen Post, sondern um die Bilder, die am 7. Oktober mit diesem Post erzeugt wurden. Diese stellen ein Bekenntnis zur Hamas dar, wie in dem Satz „*all forms from resistance are justified*“. Wer damit gemeint ist, ist klar, und es wird behauptet, dass der 7. Oktober eine Revolution sei. Es geht nicht darum, den Palästinenser*innen ihr Leiden abzusprechen.

Gast: Ich glaube, die Diskussion könnte einfacher gestaltet werden, wenn wir den Antrag umformulieren, um uns auf den Post und nicht SfP generell zu beziehen, damit wir wissen, worum es geht. Wie könnten wir das umformulieren?

LHG: Wir formulieren den Titel des Antrags um: Distanzierung vom Statement der Students for Palestine (SfP) vom 7. Oktober 2024. Wir möchten abermals betonen, dass es uns nicht um eine generelle Distanzierung von den Students for Palestine oder gar von Palästinenser*innen geht. Es geht uns einzig und allein um die Aussagen des Statements und die sind problematisch.

Gast: Was ist daran schlimm, "Allahu Akbar" zu rufen?

Philosophie: Wenn man Leute enthauptet und es dabei ruft. Es gibt keinen muslimisch-jüdischen Gegensatz, aber das Parteiprogramm der Hamas behauptet religiös, dass Juden sterben sollen.

Gast: Wir haben kein Statement der Hamas veröffentlicht. Die Idee des Posts war, dass das alles am 7. Oktober angefangen hat. Das ist ein lächerlicher Antrag, jetzt hier anzufangen, die Gruppe Hamas zu diskutieren. Die Hamas war eine von den Gruppen. Zivilisten waren auch involviert, der Wissensstand hier im StuRa ist sehr gering. Ich appelliere, das Statement durchzulesen. Wenn der StuRa diesen Antrag unterstützt und veröffentlicht, leugnet der StuRa Gräueltaten – was in dem Statement gesagt wurde. Was ist die friedliche Lösung? Wie kann die LHG Freiburg eine friedliche

Lösung schaffen? Das geht über das hochschulpolitische Mandat hinaus.

Gast: Wir haben letzte Sitzung das Statement vorgelesen, wir leugnen nicht, dass über 1000 Menschen getötet wurden, aber es muss in Kontext gesetzt werden, wie es die UN macht. Zur Charta der Hamas: Die Hamas spielt eine kleine Rolle. Sie wurde nicht gewählt wegen ihrer Charta, sondern weil es auch keine vernünftige Alternative gab. Die Charta wurde geupdatet, warum lest ihr die von 1988 vor? Es geht nicht um Jüd:innen, sondern um den Kampf gegen Zionist*innen. Ich frage dich: Leiden die Palästinenser:innen einfach nur oder gibt es irgendwie einen Täter? Was genau ist das Leid, von dem du in dem Antrag sprichst? Begeht nicht Israel einen Genozid? Es herrscht eine Totalblockade von Gaza, zu Boden, Luft und Wasser. Du hast so eine privilegierte Perspektive. Hast du irgendeinen Krieg erlebt? Ich kann nicht mehr mit diesen Leuten. Was ist deine Idee für eine friedliche Lösung?

Gast: Das Statement hätte nochmal in die Sitzungsunterlagen sollen, damit man es nicht suchen muss, da es ohne Instagram schwierig zu finden ist.

Präsidium: Das hätten wir machen können, das stimmt. Andererseits war es aber auch in den Unterlagen des Protokolls von letzter Woche und wurde da mitgeschickt, war also jetzt auch nicht völlig unauffindbar. Aber ja, wir versuchen in Zukunft, auf so etwas noch mehr zu achten.

Gast: Änderungsantrag: Es sollte klarer sein, wovon sich distanziert wird. Solidarisierung mit allen Menschen, die betroffen sind von Antisemitismus. Ich verstehe den Satz an dieser Stelle nicht: Allen Menschen die Schutz vor Antisemitismus suchen, kommt in diesem Kontext mit einer rassistischen Aussage einher, dass jeder Mensch, der für Palästina steht, Antisemit ist. Dieser Satz sollte entfernt werden und klarer formuliert, wovon der StuRa sich distanziert. Der letzte Satz soll entfernt werden.

Der Änderungsantrag wird von der antragstellenden Person nicht übernommen.

Präsidium: Das ist ein Konkurrenzantrag und wird als eine weitere Option auf der Abstimmungsübersicht zu finden sein.

Gast: Ist das ok, dass so ein Antrag gestellt werden kann, der rassistisch ist?

Präsidium: Die Aussage am Ende ist allgemein gehalten und hat keinen direkten, eindeutigen Bezug, der Antrag ist so zulässig.

Gast: Ich habe zwei Fragen gestellt, die bisher nicht beantwortet wurden.

LHG: Ich erhebe hier nicht den Anspruch, Weltpolitik zu machen. Dafür bin ich auch nicht nah genug am Konflikt dran. In diesem Hochschulgremium wurde ein Statement vorgetragen – in Bildsprache kam ganz gut rüber, dass Gewalt verharmlost wird. Der Nahostkonflikt dagegen ist etwas, womit sich Fachmenschen seit Jahrzehnten beschäftigen. Der Antrag ist, sich von diesen Äußerungen zu distanzieren, nicht sich zum Nahostkonflikt zu positionieren.

GO-Antrag: Schließung der Redeliste.

Inhaltliche Gegenrede: Ich finde das sehr feige. Beim Antrag, dass die Universitätsleitung Rechenschaft ablegen soll, wurde der Uni eine Woche Zeit gegeben – bei einem direkten Angriff gegen unsere Gruppe dürfen wir nur 1 Minute reden und dann wird die Redeliste schnellstmöglich

geschlossen.

Dafür: 14

Dagegen: 7

Der GO-Antrag auf Schließung der Redeliste wird angenommen.

Gast: Wie schon tausendmal gesagt worden ist, wir haben nichts mit der Hamas zu tun. Weil es heute aufgekommen ist, das ist aus der Charta von 2017: „ Hamas affirms that its conflict is with the Zionist project not with the Jews because of their religion. Hamas does not wage a struggle against the Jews because they are Jewish but wages a struggle against the Zionists who occupy Palestine. Yet, it is the Zionists who constantly identify Judaism and the Jews with their own colonial project and illegal entity. Hamas rejects the persecution of any human being or the undermining of his or her rights on nationalist, religious or sectarian grounds. Hamas is of the view that the Jewish problem, antisemitism and the persecution of the Jews are phenomena fundamentally linked to European history and not to the history of the Arabs and the Muslims or to their heritage.“ Warum hast du ausgerechnet die Charta von 1988 zitiert? Ich finde das ein bisschen problematisch. Im Statement sind allgemein viele blöde, widersprüchliche Sachen drin. Der Titel Distanzierung von SfP, sowie ‚Verhalten innerhalb und außerhalb des StuRas‘. Soll der StuRa sich von seinem Statement zu antipalästinensischem Rassismus distanzieren, von Völkermord distanzieren? Der letzte Satz ist Rassismus. Es ist an dieser Stelle eine Unterstellung und wird ganz klar so gelesen, dass wir antisemitisch sind, es wird ein Bezug hergestellt und suggeriert, dass ein Zusammenhang besteht, weil der Satz im Antrag gegen uns steht. Wenn dieser Antrag durchgeht, werde ich persönlich dagegen kämpfen.

GO-Antrag: Verlängerung der Befassungszeit um 10 Minuten.

Ohne Gegenrede angenommen.

FHU: Da jetzt Einiges verändert wurde: was ist jetzt der Antragstitel? Wie viele Optionen gibt es?

Präsidium: Der Antragstitel lautet „Distanzierung vom Statement der Students for Palestine (SfP) vom 7. Oktober 2024“. Es gibt den Originalantrag in seiner bestehenden Form ohne Änderungen und den Änderungsantrag, bei dem der letzte Satz gestrichen wird.

Juso HSG (1): Im Statement verharmlost ihr durch eure Kontextualisierung, ihr sprecht immer vom 7. Oktober, von heldenhaftem Widerstand, aber schreibt am Jahrestag selbst nichts von der Ermordung von über 1000 Menschen. Wenn man ein solches Statement am Jahrestag mit direktem Bezug macht und solche Gräueltaten geschehen sind, sollte man bei einer Kontextualisierung zumindest darauf achten, auf was man sich bezieht, und nicht nur den 7. Oktober nennen, sondern ansprechen, was passiert ist. Wenn man das alles bewusst offen lässt, ist die unterstellte Billigung der Geschehnisse eine begründete Interpretation.

Philosophie: Soweit ich weiß beide Hamas-Chartas nebeneinander in Gebrauch. Ich möchte der Aussage widersprechen, dass es nicht um Judenhass geht, das war ein Faktor, wenn man sich die Hamaserklärungen und Videos anschaut, und man kann nicht zu einer anderen Schlussfolgerung kommen.

Gast: Zum letzten Satz im Antragstext: Es sollte nicht überraschen, dass es jüdischen Leuten nicht so gut ging in letzter Zeit, auch hier in Freiburg. Es war ein schlechtes Gefühl, dass dieses Statement hier vorgetragen werden konnte und der Antisemitismus der Taten des 7. Oktober

abgesprochen wurde. Da das für jüdische Personen an der Uni wirklich beschissen ist, ist es schön, dass sich zwei Hochschulgruppen mit dem Statement kritisch auseinandersetzen und für uns Jüd*innen eintreten.

Gast: Ich würde sehr gerne einen separaten Antrag, dass sich der StuRa mit jüdischen Menschen solidarisiert. Dieses Statement wurde von vielen jüdischen Menschen unterstützt, es ist kein religiöser Konflikt, ich werde mich nicht mehr darüber äußern. Also es wurde von den Jusos gesagt, dass nicht erklärt wurde, was am 7. Oktober passiert ist. Was wir heute wissen, von Augenzeugen und Journalisten – es gab keine enthaupteten Babys, keine systematische Vergewaltigungen von Frauen, es kann sein, dass es das in Einzelfällen gab. Israel hat 6 mal abgelehnt, dass die UN eigene Untersuchungen durchführen darf und es wurden die Körper der Opfer direkt begraben ohne eine Autopsie. Ich frage nochmal: Woran leiden die Palästinenser*innen, wer ist der Täter? Leiden sie einfach so? LHG, solidarisiert du dich mit ihnen?

LHG: Nein, natürlich leiden sie nicht einfach so. Diese Situation geht seit Jahrzehnten im Nahen Osten vor sich und Israel trifft auch eine große Verantwortung. Hier soll keine Distanzierung von Personengruppen vorgenommen werden und nicht das Leid unterschlagen werden, das durch die israelische Regierung verübt wird. Es geht aber hier um die Gräueltaten des 7. Oktober und eure Interpretation davon als legitimen Widerstand und dem muss widersprochen werden.

Gast: Die Person, die den Antrag gestellt hat, weiß gar nicht, was dort abgeht. Im Nahen Osten eine friedliche Lösung zu fordern, ist auch ziemlich krass und zeugt von ziemlich privilegiertem Hintergrund in einer Umgebung, die eben nicht unter Besatzung steht und nicht bombardiert wird. Diese Instrumentalisierung nützt dem genozidalen Terrorstaat – genau, was das Statement kritisiert.

Vorstand: Noch etwas Off-Topic: Ich gucke hier in die Gesichter von Menschen. Alle Menschen sind richtig kaputt, und zwar diese Woche nicht zum ersten Mal, sondern bereits seit Januar und vielleicht auch schon länger. Das ist sehr, sehr schade. Wir wie auch das Präsidium möchten die Diskursräume offenhalten, und nichts verbieten. Ich würde mir wünschen, dass wir gemeinsam überlegen, wie wir den Diskurs weiterhin möglich machen, ohne uns weiter kaputt zu machen. Diese Streitereien um das Thema Westasienkonflikt sind – egal welche Ansicht du vertrittst – für alle unangenehm, und ich habe keine Lust so weiter zu machen. Ich möchte, dass ihr euch dazu schon mal Gedanken macht und wir bringen nächste Woche einen Diskussions-TOP ein: Was soll sich auf Metaebene ändern? Wie können wir es besser machen und uns nicht weiter kaputt machen? Damit wollen wir als Vorstand keine Position beziehen. Es braucht nicht viel um die Hamas zu kritisieren und es gibt genügend Gründe Israel zu kritisieren. Wir haben keine Lust, die Diskussionen zu verbieten – es macht ja auch keinen Sinn, dass wir als Vorstand oder das Präsidium bestimmen, wer was diskutieren soll. Wir möchten euch Menschen, aber bitten, darüber nachzudenken, wie wir etwas besser machen können.

Gast: Änderungsantrag: Letzten Satz weglassen und ihn als eigenen, neuen Antrag. Dann gibt es kein Missverständnis.

Präsidium: Ein neuer, zweiter Antrag ist heute in der Sitzung selbst nicht möglich, da er sich inhaltlich nicht mit dem Thema des Ursprungsantrags deckt. Er müsste uns zugesendet werden und würde sich dann in den Sitzungsunterlagen für nächste Woche finden.

LHG: Wir lassen den letzten Satz drin.

TF: Änderungsantrag: Änderung des letzten Satzes zu: Zudem spricht der StuRa allen Menschen Solidarität und Unterstützung aus, die Opfer von Diskriminierung, Verfolgung oder Gewalttaten werden. Der StuRa unterstützt alle, die Schutz und Beistand beim Kampf gegen Diskriminierung, Antisemitismus oder Rassismus suchen.

Der Änderungsantrag wird vom Antragsteller übernommen.

Der zuvor gestellte Änderungsantrag in Konkurrenz zum Hauptantrag wird zurückgezogen.

Gast: Der Antrag macht trotzdem inhaltlich noch keinen Sinn. Er ist gegen unser Statement, deckt sich aber völlig mit ihm. Wenn ihr das gleiche wollt, macht das keinen Sinn und ihr habt unser Statement nicht verstanden. Wir setzen uns ein für Menschen die in Kriegsgebieten leiden und sterben, dieser Antrag ist nichtig.

Präsidium: Um es noch einmal für alle zusammenzufassen: Es gibt keinen Änderungsantrag in Konkurrenz zum Hauptantrag, sondern nur einen Antrag mit geändertem Titel und geändertem letzten Satz.

GO-Antrag: Verlängerung der Befassungszeit auf 5 Minuten.

Dafür: 4

Dagegen: Mehrheit

Der GO-Antrag wird abgelehnt.

TOP 6 Termine und Sonstiges

1) Ideell unterstützte Gruppen

Gemäß §7.5 der Geschäftsordnung des Studierendenrates wird „die Liste der ideell unterstützten Gruppen [...] dem Studierendenrat einmal jährlich im Wintersemester vorgelegt. Die Mitglieder haben dann die Möglichkeit, Gruppen erneut einzuladen, wenn Bedarf zur erneuten Klärung von Fragen besteht, beziehungsweise Zweifel an der ideellen Unterstützung aufkommen. Sprechen sich Mitglieder mit mindestens 12 Stimmen für die erneute Einladung aus, so ist diese durchzuführen. Alle Gruppen, bei denen kein Klärungsbedarf besteht gelten weiterhin als ideell unterstützt.“

In diesem Sinne bitten wir euch, bis nächste Woche zu überlegen, ob es vom StuRa ideell unterstützte Gruppen gibt, die ihr für überprüfenswert haltet und/oder die ihr zur Klärung gerne in den StuRa einladen würdet. Werden dem StuRa bis zum oder am 12.11. keine derzeit ideell unterstützten Gruppen zur Prüfung vorgeschlagen, gelten alle bisher vom StuRa ideell unterstützten Gruppen weiterhin als ideell unterstützt.

Die Liste der derzeit vom StuRa ideell unterstützen Gruppen findet ihr im Anhang des Protokolls.

Gast: Geht es auch um die Anträge auf ideelle Unterstützung, die dieses Semester bereits abgestimmt wurden?

Präsidium: Nein, ideell unterstützte Gruppen, über die bereits dieses Semester abgestimmt wurde, stehen nicht zur Debatte, es gilt für alle anderen.

2) Ämter in der VS und der Universität

Eine Liste mit allen zu besetzenden Ämtern findet ihr unter

<https://www.stura.uni-freiburg.de/mitmachen/ausschreibungen>. Bewerbungen sind per Mail an bewerbung@stura.org zu richten, die entsprechenden Formulare gibt es ebenfalls auf der Stura-Website unter https://www.stura.unifreiburg.de/gremien/studierendenrat/neu_antragsformular_stura

3) Altphilologie: Hütte am Wochenende

Hat jemand Bedarf an einer Hütte dieses Wochenende? Aufgrund von Buchungsproblemen haben wir zwei Hütten gebucht, und können die eine nicht stornieren. Meldet euch bitte bei

fachschaft.altphil@googlemail.de.

4) Grether Kollektiv: Palästina und die Deutsche Linke

Keine Debatte spaltet und emotionalisiert die deutsche Linke so heftig, wie die Auseinandersetzung um den Nahost-Konflikt, um Israel und Palästina.

Seit dem 7. Oktober, dem Tag des Angriffs der Hamas auf Israel, ist die Auseinandersetzung noch einmal eskaliert. Eine Auseinandersetzung, die seit Jahrzehnten innerhalb der Linken schwelt aber immer wieder aufs Neue aufflackert.

Die eine Seite fordert bedingungslose „Solidarität mit Israel“ im Kampf gegen den Terror der Hamas, aber auch angesichts der aggressiven antiisraelischen Rhetorik vieler arabischen Staaten, und reagiert dabei oft vollkommen kritiklos gegenüber der israelischen Regierungspolitik. Die andere Seite sieht in Israel einen neokolonialen Apartheidstaat, der die palästinensische Bevölkerung unterdrückt, sich palästinensische Gebiete einverleiben will und dabei über Leichen geht. Daraus resultieren Forderung, wie die, nach „Solidarität mit dem palästinensischen Volk“ und „From the River to the Sea“, teilweise sogar die Verklärung des Terrors als „Akt des Widerstands“.

Wer sich nicht zu einer der beiden Seiten bekennt, wird häufig reflexartig wahlweise des Antisemitismus oder des „Wegschauens angesichts von 40.000 Toten“ bezichtigt. Ein Dazwischen, das das Massaker der Hamas ebenso ablehnt wie das Vorgehen der rechtsradikalen israelischen Regierung in Gaza und im Westjordanland, ein Dazwischen, das die Opfer beider Seiten anerkennt und betrauert, scheint kaum denkbar und leider oft auch nur noch schwierig sagbar. Extreme Polarisierung wohin man schaut. Dabei sollte es für uns Linke doch eigentlich und differenzierte Positionen zu entwickeln.

Nicht zuletzt sollten wir in der Lage sein, miteinander zu debattieren. Unsere kleine Veranstaltungs-Reihe soll dazu Gelegenheit bieten.

Am 08. November 2024 begrüßen wir den Journalisten Joseph Croitoru zum Thema “Die Hamas. Herrschaft über Gaza, Krieg gegen Israel.”

Im zweiten Vortrag am 15. November 2024 berichten Duha Almusaddar und Karin A. Gerster vom Regionalbüro der Rosa Luxemburg Stiftung in Ramallah über die Lage in im Westjordanland.

Die letzte Veranstaltung unserer kleinen Reihe am 22. November 2024 mit Klaus Holz hat den Titel “Israel und die deutsche Linke. Erbitterter Streit um die richtige Solidarität.”

5) *Rainbow Talk: Sasha Thierry: "nicht-binäre Menschen in der Unsichtbarkeit"*

Vortrag zu "nicht-binären Menschen in der Unsichtbarkeit" am 07.11 um 19:00 Uhr c.t. im Raum 1016 im Rahmen der Kritischen Einführungstage! ☞

Sascha Thierry Esequiyl Rubel spricht im Rahmen unserer "Rainbow Talks" Vortragsreihe von der selektiven Wahrnehmung von non-binären Personen, denen in den Gedanken vieler Menschen gar nicht die Möglichkeit eingeräumt wird, zu existieren. Außerdem wird behandelt, wie die Diskriminierungsform der Queerfeindlichkeit historisch mit dem Patriarchat verstrickt ist.

Sascha Thierry ist non-binär trans* und queer, arbeitet viel in der Veranstaltungsorganisation und studiert Philosophie im Master. They ist außerdem der Vorstand der neurodiversen Hochschulgruppe der CAU, deren Gründung von Sascha initiiert wurde.

Kommt vorbei am 07.11. um 19:00 Uhr c.t. im Raum 1016! Wir freuen uns auf euch!

6) *09.11. Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Reichsprogromnacht: 17:30 Uhr PdaS.*

Die Sitzung endet um 20:18 Uhr